

LANDTAG DES
FÜRSTENTUMS LIECHTENSTEIN

P



JAHRESBERICHT 2024

**DER DELEGATION BEI DER
PARLAMENTARISCHEN VERSAMMLUNG DER OSZE
(ORGANISATION FÜR SICHERHEIT UND
ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA)**

INHALTSVERZEICHNIS

I.	Einleitung.....	3
1.	Zusammensetzung der Delegation.....	3
2.	Allgemeines zur Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa	3
II.	Wintertagung vom 22. bis zum 23. Februar 2024 in Wien	4
1.	Eröffnungssitzung und Plenardebatte.....	4
2.	Der Ständige Ausschuss.....	5
3.	Die drei Allgemeinen Ausschüsse	5
4.	Treffen des Netzwerks der jungen Parlamentarier der Versammlung der OSZE.....	6
III.	Jahrestagung vom 29. Juni bis zum 3. Juli 2024 in Bukarest.....	7
1.	Eröffnungssitzung.....	7
2.	Der Ständige Ausschuss.....	7
3.	Die drei Allgemeinen Ausschüsse	8
4.	Plenarversammlung.....	9
5.	Erklärung von Bukarest.....	9
6.	Bilaterale Gespräche.....	10
7.	Wahlen.....	10
IV.	Herbsttagung vom 2. bis zum 4. Oktober 2024 in Dublin	11
1.	Eröffnungssitzung.....	11
2.	Der Ständige Ausschuss.....	11
3.	Parlamentarische Konferenz	12
4.	Mittelmeerforum.....	13
V.	Zusammenarbeit	13
VI.	Kostenaufwand der Delegation.....	14
VII.	Weitere Informationsquellen.....	14
VIII.	Schlusswort und Antrag	14

I. Einleitung

Die Delegation vertritt den Landtag bei der Parlamentarischen Versammlung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE PV). In dieser Funktion nimmt sie an verschiedenen Tagungen und Aktivitäten teil, die ihm Rahmen der OSZE PV durchgeführt werden. Gemäss Artikel 61 Absatz 7 der Geschäftsordnung für den Landtag vom 19. Dezember 2012 über die Ständigen Delegationen unterbreitet die Delegation dem Hohen Landtag ihren Jahresbericht 2024.

1. Zusammensetzung der Delegation

Im Anschluss an die im Februar 2021 durchgeführten Landtagswahlen wurde die liechtensteinische Delegation für die Parlamentarische Versammlung der OSZE anlässlich der Eröffnungssitzung des Landtags am 24. März 2021 gewählt. Die Delegation setzte sich im Berichtsjahr aus folgenden Mitgliedern zusammen:

- Abg. Norma Heidegger, Delegationsleiterin
- Abg. Sebastian Gassner, ordentliches Mitglied
- Stv. Abg. Elke Kindle, stellvertretendes Mitglied
- Abg. Günter Vogt, stellvertretendes Mitglied
- Sandra Gerber-Leuenberger, Delegationssekretärin

2. Allgemeines zur Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

Die OSZE ist ein Instrument für Frühwarnung, Konfliktverhütung, Krisenmanagement und Konfliktnachsorge. Sie wurde 1975 als Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) gegründet. Liechtenstein gehörte zu den Gründungsmitgliedern. Ihr gehören 57 Staaten aus Europa, Asien und Nordamerika an.

Die Parlamentarische Versammlung wurde in Übereinstimmung mit der Charta von Paris aus dem Jahre 1990 gegründet. Sie vereint 323 Parlamentarierinnen und Parlamentarier von Vancouver bis Wladiwostok. Die Hauptaufgabe ist die parlamentarische Seite innerhalb der OSZE zu stärken sowie den Dialog und die Zusammenarbeit zwischen den Abgeordneten zu erleichtern. Sie spielt eine führende Rolle bei Wahlbeobachtungen und stärkt die internationale Zusammenarbeit zur Umsetzung gemeinsamer Selbstverpflichtungen in den Bereichen Sicherheit und Politik, Wirtschaft und Umwelt sowie Demokratie und Menschenrechte. Zu den Entscheidungsgremien der Parlamentarischen Versammlung der OSZE gehören das Präsidium der Versammlung sowie der Ständige Ausschuss welcher sich aus der Präsidentin, den Vizepräsidenten, dem Schatzmeister, den Amtsträgern der Allgemeinen Ausschüsse sowie den Leitungen der nationalen Delegationen zusammensetzt. Liechtenstein ist in der Parlamentarischen Versammlung mit zwei Mitgliedern sowie zwei Stellvertretern vertreten. In jedem der drei Allgemeinen Ausschüsse besitzt Liechtenstein ein Stimmrecht.

II. Wintertagung vom 22. bis zum 23. Februar 2024 in Wien

Die Wintertagung in Wien ist nach der Jahresversammlung das zweitgrösste Treffen der OSZE PV. Sie dient hauptsächlich dem Austausch mit den Vertretern der OSZE, die ihren Sitz in Wien haben. Die Tagung beinhaltet in der Regel ein Treffen des Ständigen Ausschusses, Plenarsitzungen und Sitzungen der drei ordentlichen Ausschüsse.

Liechtenstein wurde an der Tagung durch die Abgeordnete Norma Heidegger als Delegationsleiterin, den Abgeordneten Sebastian Gassner sowie die Delegationssekretärin Sandra Gerber-Leuenberger vertreten. Insgesamt waren über 230 Parlamentarierinnen und Parlamentarier aus 54 OSZE-Mitgliedstaaten anwesend.

Die Delegation nutzte ihre Präsenz vor Ort für bilaterale Treffen mit anderen Parlamentarierdelegationen. Ebenfalls fand ein Austausch mit Botschafterin Maria-Pia Kothbauer und dem stellvertretenden Missionsleiter Dominik Marxer statt.

Im Gegensatz zur Wintertagung vor einem Jahr, war dieses Jahr keine russische Parlamentarierdelegation an den Sitzungen in Wien vertreten. Russland hat sich entschieden, ihre Teilnahme an der Parlamentarischen Versammlung vorerst auszusetzen und nicht an der Wintertagung teilzunehmen.

1. Eröffnungssitzung und Plenardebatte

Zu Beginn der 23. Wintertagung wurden Schweigeminuten für die Opfer des bereits zwei Jahre andauernden Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine und zum Gedenken an den russischen Oppositionsführer Alexej Nawalny eingelegt.

Anschliessend wurde die Tagung mit Reden von Wolfgang Sobotka, Nationalratspräsident von Österreich, Pia Kauma, Präsidentin der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, Ian Borg, Aussenminister Maltas und amtierender Vorsitzender der OSZE sowie von Helga Schmid, Generalsekretärin der OSZE, eröffnet.

Die Redner waren sich einig, dass der Krieg Russlands gegen die Ukraine gegen die OSZE-Verpflichtungen verstösst, das europäische Sicherheitsumfeld erschüttert und die Herausforderungen, denen sich die OSZE gegenüber sieht, insbesondere das Fehlen einer vereinbarten Finanzierung, noch verschärft hat. Die Redner betonten, dass die OSZE trotz zunehmend schwierigeren Zeiten und begrenzter Ressourcen unbeirrt an ihren Grundprinzipien und -werten festhält und konkrete Ergebnisse bei der Förderung von Dialog, Sicherheit und Zusammenarbeit erzielt hat.

An der Plenardebatte diskutierten die Parlamentarierinnen und Parlamentarier zum Thema «Europäische Sicherheit heute und morgen: Parlamentarische Perspektiven für die Zukunft der OSZE». Verschiedene Sonderbeauftragte der Versammlung stellten ihre Erkenntnisse vor und zahlreiche Delegierte ergriffen in der anschliessenden Debatte das Wort. Mehrere Abgeordnete wiesen auf die Notwendigkeit neuer Lösungen und einer neuen Dynamik für die Demokratie hin. Mehrere Teilnehmende wiesen auf das Zusammentreffen von Krisen hin, mit denen die OSZE und die ganze Welt konfrontiert sind, und plädierten für mehr Engagement, um diese Krisen angemessen zu bewältigen. Der Krieg im Gazastreifen wurde mehrfach erwähnt, und einige Mitglieder prangerten die zunehmende Zahl der Todesopfer und die Zerstörung durch den Konflikt an. Es wurde auch die strikte Einhaltung des Völkerrechts gefordert.

2. Der Ständige Ausschuss

Der Ständige Ausschuss der Versammlung besteht aus der Präsidentin der Versammlung, den Vizepräsidenten, dem Schatzmeister, den Amtsträgern der Allgemeinen Ausschüsse sowie den Leitern der nationalen Delegationen. Liechtenstein wurde an der Sitzung am 23. Februar durch die Delegationsleiterin Norma Heidegger vertreten.

Es wurden die Berichte der Präsidentin, des Generalsekretärs, der Vorsitzenden der Ad-hoc-Ausschüsse sowie verschiedener Sonderbeauftragten zur Kenntnis genommen.

3. Die drei Allgemeinen Ausschüsse

Ausschuss für Politische Angelegenheiten und Sicherheit

Der Ausschuss führte eine Sonderdebatte zum Thema «Die Arbeit der OSZE in der Ukraine während des russischen Aggressionskriegs». Die Abgeordneten betonten ihre Unterstützung für die Ukraine und verurteilten die russische Aggression. Sie forderten die OSZE auf, ihre Fähigkeiten und Instrumente weiterhin zugunsten der Opfer des Konflikts und zu dessen Lösung einzusetzen. Die Ukraine forderte die Parlamentarier auf, ihre jeweiligen Länder aufzufordern, weiterhin Unterstützung zu leisten. Schliesslich wurde davor gewarnt, sich von der «Kriegsmüdigkeit» die Unterstützung für die Ukraine nehmen zu lassen.

Darüber hinaus sprachen Botschafter Peter Burian, Ständiger Vertreter der Slowakei bei der OSZE, Botschafter Andreas Ignatiou, Ständiger Vertreter Zyperns bei der OSZE, Botschafter Kairat Abdrakhmanov, Hoher Kommissar der OSZE für nationale Minderheiten, Catherine Fearon, Direktorin des OSZE-Konfliktverhütungszentrums, und Botschafter Marcel Pesko, Sonderbeauftragter des OSZE-Vorsitzes in der Ukraine. Der Krieg in der Ukraine und die Pflicht der OSZE und ihrer Teilnehmerstaaten, angesichts dieses Konflikts ihre Werte und Verpflichtungen aufrechtzuerhalten, waren die zentralen Themen, die angesprochen wurden.

Die Abgeordnete Norma Heidegger nahm an der Sitzung des ersten Ausschusses teil.

Ausschuss für Wirtschaftliche Angelegenheiten, Wissenschaft, Technologie und Umwelt

Der Wirtschaftsausschuss hielt eine Sonderdebatte zum Thema «Künstliche Intelligenz: Ein technologischer Durchbruch mit sicherheitspolitischen Auswirkungen» ab. Dazu sprachen Nikolas Ott, Senior Manager of Government Affairs bei Microsoft, Jean-Marc Rickli vom Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik und Isabell Claus, Mitbegründerin und Geschäftsführerin von Thinkers.ai.

In der anschliessenden Aussprache äussersten die Abgeordneten ihre Ansichten zu einer Reihe globaler Herausforderungen. Es wurden Bedenken über die ökologischen und wirtschaftlichen Auswirkungen des Krieges in der Ukraine geäussert. Die Klimakrise wurde als eine der obersten Prioritäten bezeichnet und eine Umstellung von den traditionellen Energiesektoren auf sauberere Technologien gefordert. Die Parlamentarier sprachen sich für die Bekämpfung der Korruption, die Förderung guter Regierungsführung und die Behebung von Problemen in der öffentlichen Verwaltung aus. Die Diversifizierung der Wirtschaft wurde angeregt, um die Widerstandsfähigkeit gegenüber externen Schocks zu erhöhen. Im Mittelpunkt der Diskussion stand die Dringlichkeit der Regulierung von KI und der Schutz vor einem möglichen Missbrauch. Gefordert wurde eine verstärkte Zusammenarbeit im Bereich der erneuerbaren Energien, beim Thema Datensicherheit und bei der Anpassung der Gesetzgebung an die sich rasch entwickelnden technologischen Fortschritte.

Zum Thema «Weiterentwicklung eines gemeinsamen OSZE-Ansatzes zur Förderung der wirtschaftlichen und ökologischen Sicherheit» sprachen die Berichterstatteerin Gudrun Kugler

(Österreich), der Vorsitzende des Wirtschafts- und Umweltausschusses der OSZE Florian Raunig und der Koordinator für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE Bakyt Dzhusupov.

Der Abgeordnete Sebastian Gassner nahm an der Sitzung des zweiten Ausschusses teil.

Ausschuss für Demokratie, Menschenrechte und humanitäre Fragen

Der Ausschuss führte eine Sonderdebatte zum Thema «Politische Dissidenten und politische Gefangene». Die Vorsitzende Lucie Potůčková (Tschechische Republik) ging auf die dringende Frage der unrechtmässigen Inhaftierung von Mitarbeitern der OSZE-Sonderbeobachtungsmission durch die Russische Föderation ein, forderte deren sofortige Freilassung und forderte die Parlamentarier auf, ihrem Fall Priorität einzuräumen.

Die belarussische Oppositionsführerin Swetlana Tichanowskaja bedankte sich für die Unterstützung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE für die Ukraine und für ein demokratisches Belarus. Sie betonte, dass die Zukunft beider Länder entscheidend für die Verteidigung der europäischen Werte sein wird. Unter Hinweis auf den tragischen Tod von Alexej Nawalny und Igor Lednik wies Tichanowskaja auf die Verflechtung von Sicherheit und Menschenrechten hin. Sie forderte entschlossene Reaktionen auf die Unterdrückung durch die Regime von Putin und Lukaschenko, einschliesslich Sanktionen und internationale Isolierung.

In der anschliessenden Diskussion wurde die Menschenrechtssituation im gesamten OSZE-Raum, die Medienfreiheit und die aus den Konflikten resultierenden Missstände angesprochen. Die Abgeordneten betonten die universelle Bedeutung der Achtung der Menschenrechte und des Völkerrechts. Darüber hinaus wurde die Notlage der politischen Gefangenen hervorgehoben sowie die Bedeutung der Förderung der politischen Freiheit und der Rechenschaftspflicht in der gesamten OSZE-Region. Es wurde Besorgnis darüber geäussert, dass der Raum für die Zivilgesellschaft immer kleiner wird, und es wurde auf die Menschenrechtssituation in Belarus im Vorfeld der Wahlen hingewiesen.

Ebenfalls im Ausschuss sprachen Matteo Mecacci, Direktor des OSZE-Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR), Teresa Ribeiro, OSZE-Beauftragte für Medienfreiheit, und Anne-Marie Callan, Vorsitzende des Ausschusses für die menschliche Dimension des Ständigen Rates der OSZE und Ständige Vertreterin Irlands bei der OSZE.

Die Abgeordnete Norma Heidegger nahm Einsitz im dritten Ausschuss.

4. Treffen des Netzwerks der jungen Parlamentarier der Versammlung der OSZE

Am 20. und 21. Februar nahm der Abgeordnete Sebastian Gassner an einem Treffen des Netzwerks der jungen Parlamentarierinnen und Parlamentarier der Versammlung der OSZE teil. Schwerpunkt des Treffens war die Vorstellung eines Workshop-Konzeptes für die Partizipation von jungen Erwachsenen sowie die Vorstellung des Schulungsprogramms für den Umgang mit Minen bei Auslandseinsätzen von zivilen Beobachtern der OSZE. Das Ziel des Netzwerks ist die politische Inklusion von jungen Menschen in der OSZE-Region sowie eine verstärkte Teilnahme von jungen Parlamentariern in der Versammlung der OSZE. Das Netzwerk bietet eine ideale Gelegenheit zum niederschweligen Austausch mit Delegierten aus verschiedenen OSZE-Teilnehmerstaaten. Es bietet vertiefte Einblicke in die Arbeit der OSZE sowie in die politischen Schwerpunkte der jeweiligen Staaten.

III. Jahrestagung vom 29. Juni bis zum 3. Juli 2024 in Bukarest

Vom 29. Juni bis zum 3. Juli fand die 31. Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE in Bukarest statt. Es trafen rund 225 Abgeordnete aus 55 der 57 OSZE-Teilnehmerstaaten zusammen, um aktuelle Themen zu diskutieren. Liechtenstein wurde durch die Abgeordnete Norma Heidegger (Delegationsleiterin), die stv. Abgeordnete Elke Kindle sowie die Delegationssekretärin Sandra Gerber-Leuenberger vertreten. Die Jahrestagung fand ohne die russische und die belarussische Delegation statt.

1. Eröffnungssitzung

An der Eröffnungssitzung sprachen Nicolae-Ionel Ciucă, Präsident des rumänischen Senats und Dan Barna, Leiter der rumänischen Delegation bei der OSZE PV, Pia Kauma, Präsidentin der Versammlung, Ian Borg, amtierender OSZE-Vorsitzender und Aussenminister von Malta, sowie Luminița-Teodora Odobescu, rumänische Aussenministerin.

Nach den Eröffnungsreden diskutierte die Versammlung den vom ukrainischen Delegationsleiter eingebrachten Entschliessungsentwurf «Sicherheits- und geopolitische Herausforderungen in der OSZE-Region: Zehn Jahre bewaffnete Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine». Ein Artikel der Entschliessung fordert die Versammlung der OSZE sowie den OSZE-Vorsitz auf, den Prozess zum Ausschluss der Russischen Föderation aus der OSZE einzuleiten. Die Entschliessung wurde mit einer grossen Mehrheit von der Versammlung angenommen.

2. Der Ständige Ausschuss

Schwerpunkt der Sitzung des Ständigen Ausschusses war die Verabschiedung des Haushalts der Versammlung für 2024/2025. Der Schatzmeister, Johan Büser, schlug für das Haushaltsjahr 2024/2025 eine Budgeterhöhung von 3,7 Prozent vor. Daraus ergibt sich ein Budget von EUR 4'373'000 (Vorjahr EUR 4'213'183). Er erklärte, dass sich die Versammlung in einer schwierigen finanziellen Situation befindet, da die Russische Föderation ihre Beiträge nicht mehr bezahlt. Dadurch sei ein Defizit von 6 Prozent im Gesamthaushalt entstanden. Es seien Effizienzsteigerungen eingeführt worden, um den fehlenden Beitrag zu kompensieren. Bereits im Jahr 2015 schlug die Versammlung vor, dass der Reformprozess zu einer Aktualisierung des Systems der nationalen Beiträge zum OSZE-Haushalt in einem ersten Schritt ohne Änderung des bestehenden Beitragsschlüssels begonnen werden sollte und dass zu diesem Zweck die nationalen Parlamente (ausgenommen die Länder, deren BIP pro Kopf EUR 3'000 nicht überschreitet) einen festen Mindestbetrag von EUR 10'000 leisten und die zusätzlichen Einnahmen den aktuellen Haushalt der OSZE PV ergänzen sollten. Der offizielle liechtensteinische Beitrag zum Haushalt der OSZE PV beträgt dieses Jahr EUR 5'466 (Vorjahr EUR 5'266), was 0,125 Prozent des Gesamthaushalts der Versammlung entspricht. Die liechtensteinische Delegation beschloss - mit der Genehmigung des Präsidiums - sich mit EUR 10'000 am neuen Haushaltsjahr zu beteiligen. Die Mitglieder des Ständigen Ausschusses stimmten dem Voranschlag zu.

Weiter wurde der bisherige Generalsekretär der Versammlung, Roberto Montella, in einer geheimen Wahl für eine dritte fünfjährige Amtszeit wiedergewählt. Er erhielt 41 der 45 abgegebenen Stimmen. Sein Mandat beginnt am 1. Januar 2026 und endet am 31. Dezember 2030. Montella bekleidet das Amt des Generalsekretärs seit Januar 2016.

Liechtenstein wurde an der Sitzung vom 29. Juni durch die Delegationsleiterin Norma Heidegger vertreten.

3. Die drei Allgemeinen Ausschüsse

Die drei Ausschüsse (Ausschuss für Politische Angelegenheiten, Ausschuss für Wirtschaftliche Angelegenheiten und Ausschuss für Menschenrechte) diskutierten jeweils einen im Vorfeld verfassten Bericht mit entsprechender Entschliessung.

Die Tagesordnung der Jahrestagung kann durch zusätzliche Entschliessungsentwürfe zu einer beliebigen Angelegenheit innerhalb der Zuständigkeit der OSZE ergänzt werden, welche jedoch nicht im direkten Zusammenhang mit den Themen stehen, die von den Berichterstattern der Ausschüsse vorgeschlagen werden. Diese zusätzlichen Beratungsgegenstände werden als Entschliessungsentwurf vorgelegt und müssen mit den Unterschriften von mindestens 20 Mitgliedern aus mindestens vier verschiedenen Staaten versehen sein. Gemäss Geschäftsordnung darf ein Mitglied der Versammlung nicht mehr als vier zusätzliche Beratungsgegenstände unterstützen.

Ausschuss für Politische Angelegenheiten und Sicherheit

Der Berichterstatter Tobias Winkler (Deutschland) stellte seinen Bericht und den entsprechenden Entschliessungsentwurf zur Jahrestagung vor. Die Entschliessung hält fest, dass die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine vorrangig bleiben. Weiter umfasst sie auch den Krieg zwischen Israel und Hamas. In der Debatte betonten die Parlamentarierinnen und Parlamentarier, dass eine Vielzahl von Mitteln eingesetzt werden sollten, um Frieden, langfristige Souveränität und die territoriale Integrität der Ukraine garantieren zu können. Besorgnis wurde geäussert über die Lage im Nahen Osten, das Leid der Zivilbevölkerung und die möglichen Auswirkungen auf die regionale Stabilität.

Der Ausschuss diskutierte und verabschiedete die folgenden zusätzlichen Entschliessungen: die Bekämpfung der Verbreitung von Fentanyl und anderen synthetischen Opioiden; die Verurteilung der Anwendung von sexueller Gewalt in Konfliktgebieten als Waffe; Aufbau einer umfassenden europäischen Sicherheitsarchitektur gegen Aggression; sowie die Verstärkung der Unterstützung für die Ukraine.

Die Abgeordnete Norma Heidegger nahm an den Sitzungen des ersten Allgemeinen Ausschusses teil. Weitere Informationen können auf der Homepage der OSZE PV unter <http://www.oscepa.org/> eingesehen werden.

Ausschuss für Wirtschaftliche Angelegenheiten, Wissenschaft, Technologie und Umwelt

Der Ausschuss für Wirtschaftliche Angelegenheiten, Wissenschaft, Technologie und Umwelt diskutierte den Bericht und den Entschliessungsentwurf der Berichterstatterin Gudrun Kugler aus Österreich. Der Entschliessungsentwurf deckt eine Reihe von Themen wie Umweltkriegsverbrechen, nachhaltiger wirtschaftlicher Aufschwung, künstliche Intelligenz, demografischer Rückgang und die Gefahren der Digitalisierung für Kinder ab. In der Debatte wurden insbesondere die künstliche Intelligenz sowie die Bedeutung von Klimaschutzmassnahmen erwähnt.

Die folgenden zusätzlichen Entschliessungen wurden vom Ausschuss diskutierte und verabschiedete: Klimawandel und Wasserknappheit in Zentralasien; Künstliche Intelligenz und der Kampf gegen Terrorismus; Korruptionsbekämpfung als aussenpolitisches Instrument; Umweltschutz in internationalen bewaffneten Konflikten; sowie die Perspektiven der Jugend für die Zukunft der internationalen Beziehungen, des Multilateralismus und der nachhaltigen Entwicklung.

Die stv. Abgeordnete Elke Kindle nahm an den Sitzungen des zweiten Allgemeinen Ausschusses teil. Weitere Informationen können auf der Homepage der OSZE PV unter <http://www.oscepa.org/> eingesehen werden.

Ausschuss für Demokratie, Menschenrechte und humanitäre Fragen

Auf der Tagesordnung des Ausschusses für Demokratie, Menschenrechte und humanitäre Fragen standen der Bericht und der Entschliessungsentwurf des Berichterstatters Malik Ben Achour aus Belgien. Dieser behandelt die Auswirkungen von bewaffneten Konflikten auf die Zivilbevölkerung, die Situation von Vertriebenen, Grundfreiheiten und die Wahrung der Rolle der OSZE als Verteidigerin der Menschenrechte. In der Debatte betonten die Mitglieder, dass die Bekämpfung der Korruption eine Grundvoraussetzung für das Funktionieren der Rechtsstaatlichkeit sei.

Anschliessend befasste sich der Ausschuss mit zusätzlichen Entschliessungen über die Stärkung sicherer und regulärer Wege für die Migration; Verstärkung der Massnahmen zur Verhinderung des Menschenhandels und zum Schutz der Überlebenden, um einen erneuten Menschenhandel zu verhindern; Rolle der Zivilgesellschaft bei der Förderung demokratischer und inklusiver Gesellschaften; zeitgenössischer Journalismus und geschlechtsspezifische Herausforderungen; sowie die Beendigung des Antisemitismus in der OSZE-Region.

Die Abgeordnete Norma Heidegger vertrat Liechtenstein im dritten Allgemeinen Ausschuss. Weitere Informationen können auf der Homepage der OSZE PV unter <http://www.oscepa.org/> eingesehen werden.

4. Plenarversammlung

Auf der Tagesordnung der Plenarversammlung stand die Berichterstattung der Präsidentin der Versammlung, des Generalsekretärs, verschiedener Ad-hoc-Vorsitzenden und Sonderbeauftragten sowie die Präsentation über durchgeführte Wahlbeobachtungsmissionen.

Ebenfalls führten die Abgeordneten eine Sonderdebatte über die Lage in Nahen Osten und es wurde über ein breites Spektrum von Ansichten zu diesem Thema diskutiert. Es beteiligten sich rund 30 Parlamentarierinnen und Parlamentarier an der teils kontroversen Debatte, um ihre Ansichten zu Israel und Gaza darzulegen. Viele Abgeordnete betonten die Bedeutung der Verhältnismässigkeit, der Begrenzung der humanitären Auswirkungen des Krieges, der Einhaltung des Völkerrechts und der Beendigung des Konflikts. Die Notlage der Zivilisten, die in den Krieg verwickelt sind, wurde von den Delegierten wiederholt angesprochen. Zahlreiche Mitglieder betonten die Notwendigkeit, gemeinsam gegen die Aggression der Hamas vorzugehen, und warnten vor dem zunehmenden Antisemitismus im OSZE-Raum. Das Schicksal der israelischen Geiseln, die immer noch von der Hamas festgehalten werden, wurde betont, und die Parlamentarier forderten ihre sofortige Freilassung.

5. Erklärung von Bukarest

Als Ergebnis der Tagung wurde die 84 Seiten umfassende «Erklärung von Bukarest» verabschiedet. Sie beinhaltet die Resolutionen der drei Ausschüsse und die 16 Entschliessungen über die zusätzlichen Beratungsgegenstände. Die Erklärung enthält Empfehlungen an die nationalen Regierungen und Parlamente sowie die internationale Gemeinschaft in den Bereichen politische Angelegenheiten, Sicherheit, Wirtschaft, Umwelt, Menschenrechte und humanitäre Fragen.

Die Erklärung von Bukarest fordert die Mitgliedstaaten auf, sich auf der höchsten politischen Ebene zur vollen Umsetzung der OSZE-Verbindlichkeiten sowie zur Stärkung der Organisation zu verpflichten. Die Erklärung von Bukarest wird den Parlamenten und Regierungen aller 57 OSZE-Mitgliedstaaten zur Verfügung gestellt. Das Dokument kann über die Homepage der Versammlung der OSZE (<http://www.oscepa.org/>) sowie auf der Homepage des Landtags abgerufen werden.

6. Bilaterale Gespräche

Neben den Ausschuss- und Plenarsitzungen bot sich der liechtensteinischen Delegation die Möglichkeit, sich auf informeller Ebene mit Parlamentarierinnen und Parlamentariern verschiedener Staaten über aktuelle Themen auszutauschen. Auf Einladung des schweizerischen Botschafters in Bukarest, Massimo Baggi, fand ein Austausch mit den Mitgliedern der schweizerischen Delegation statt. Zudem waren die Geschäftsführer von drei namhaften Schweizer Unternehmen mit Niederlassungen in Rumänien zum Erfahrungsaustausch mit den beiden Delegationen eingeladen.

7. Wahlen

Zum Schluss der Jahrestagung standen verschiedene Wahlen der Versammlung auf der Tagesordnung. Als Präsidentin wurde Pia Kauma (Finnland) für eine weitere Amtsdauer von einem Jahr wiedergewählt.

Präsidentin (bisher)	Pia Kauma (Finnland)
Vizepräsidenten (neu)	Luis Graca (Portugal) Richard Hudson (USA) Gudrun Kugler (Österreich)

Ausschuss für Politische Angelegenheiten und Sicherheit

Vorsitzender (neu)	Birgir Thórarinsson (Island)
Vizevorsitzender (bisher)	Costel Neculai Dunava (Rumänien)
Berichterstatter (neu)	Tobias Winkler (Deutschland)

Ausschuss für Wirtschaftliche Angelegenheiten, Wissenschaft, Technologie und Umwelt

Vorsitzender (bisher)	Azay Guliyev (Aserbaidshan)
Vizevorsitzender (bisher)	Artur Gerasymov (Ukraine)
Berichterstatterin (neu)	Paula Cardoso (Portugal)

Ausschuss für Demokratie, Menschenrechte und humanitäre Fragen

Vorsitzende (bisher)	Lucie Potůčková (Tschechische Republik)
Vizevorsitzender (bisher)	Sargis Khandanyan (Armenien)
Berichterstatterin (neu)	Carina Odebrink (Schweden)

Die Amtsdauer in den drei Allgemeinen Ausschüssen beträgt ein Jahr.

IV. Herbsttagung vom 2. bis zum 4. Oktober 2024 in Dublin

Vom 2. bis zum 4. Oktober fand in Dublin die Herbsttagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE statt. Die Delegationsleiterin Norma Heidegger und Sandra Gerber-Leuenberger (Delegationssekretärin) vertraten den liechtensteinischen Landtag an dieser dreitägigen Konferenz.

An der 22. Herbsttagung der OSZE PV kamen in der irischen Hauptstadt Dublin rund 200 Parlamentarierinnen und Parlamentarier aus den OSZE-Teilnehmerstaaten zusammen, um über das Thema «Fünfzig Jahre nach Helsinki: Die Rolle der Parlamente bei der Verstärkung des OSZE-Modells für Frieden und Sicherheit» zu diskutieren.

1. Eröffnungssitzung

Die Konferenz wurde von Seán Ó Fearghaíl, Vorsitzender des irischen Unterhauses, Pia Kauma, Präsidentin der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, sowie Michael Creed, Delegationsleiter der irischen Delegation bei der OSZE PV, eröffnet.

Es wurde die Kraft des Dialogs und der Kompromisse zur Überwindung langjähriger und tief verwurzelter Spaltungen betont und es wurde darauf hingewiesen, dass im 2023 der 25. Jahrestag des Karfreitagsabkommens begangen wurde, welches einen 30-jährigen Konflikt beendete. Ebenfalls wurde erwähnt, dass nächstes Jahr der 50. Jahrestag des Gründungsdokuments der OSZE, der Schlussakte von Helsinki, begangen wird.

2. Der Ständige Ausschuss

Die Delegierten des Ständigen Ausschusses trafen sich am 2. Oktober zu einer ordentlichen Sitzung. Der Schatzmeister, Johan Büser, informierte die Abgeordneten über die angespannte finanzielle Lage der Parlamentarischen Versammlung. Als Hauptgrund wurde der ausstehende Mitgliedsbeitrag der Russischen Föderation genannt. Erfreulicherweise seien mehrere Länder der Aufforderung nachgekommen, ihren Mitgliederbeitrag auf EUR 10'000 zu erhöhen. Ebenfalls seien einige Sonderzahlungen eingegangen. Dies trage zur Stabilisierung der finanziellen Situation bei und der Schatzmeister bedankte sich bei diesen Delegationen. Auch Liechtenstein erhöhte seinen Mitgliedsbeitrag für das Jahr 2024/2025 auf EUR 10'000.

Weiter wurde eine Änderung der Geschäftsordnung der Versammlung (Artikel 4 und 5) behandelt. Gegenstand der Änderung war die Amtszeit der Präsidentin bzw. des Präsidenten der Versammlung. Die neue Regelung sieht vor, dass die Präsidentin bzw. der Präsident künftig für eine Amtszeit von zwei Jahren gewählt wird, anstatt von bisher einem Jahr. Allerdings ist eine Wiederwahl nach Ablauf der Amtszeit nicht mehr möglich. Die Änderung wurde vom Ständigen Ausschuss einstimmig verabschiedet.

Ebenfalls wurden die Berichte von Sonderbeauftragten, der Ad-hoc-Ausschüsse, die Berichte über Wahlbeobachtungsmissionen sowie der Bericht der Präsidentin und des Generalsekretärs der Versammlung zur Kenntnis genommen.

3. Parlamentarische Konferenz

Session 1 – The OSCE’s Conflict Cycle: Dialogue Facilitation, Conflict Resolution, Mediation Support, Conciliation and Post-conflict

Die erste Sitzung der Parlamentarierkonferenz befasste sich mit dem OSZE-Ansatz für den Konfliktzyklus, insbesondere mit der Förderung des Dialogs, der Konfliktlösung, der Unterstützung der Mediation, der Schlichtung und der Konfliktnachsorge.

Präsidentin Pia Kauma eröffnete die Sitzung mit der Bemerkung, dass die diesjährige Herbstkonferenz vor dem Hintergrund des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine und anhaltender Herausforderungen im Südkaukasus sowie einer schwierigen Situation in Moldau stattfinde.

Bertie Ahern, ehemaliger irischer Premierminister, sprach über die Erfahrungen Irlands bei der Überwindung von Konflikten und Spaltungen und wies darauf hin, dass man wichtige Lehren über die Bedeutung eines langfristigen Engagements für die Versöhnungsbemühungen gezogen habe. Shawn Decaluwe vom OSZE-Konfliktverhütungszentrum und Argyro Kartsonaki vom Zentrum für OSZE-Forschung wiesen darauf hin, dass die OSZE-Region heute mit einer Reihe komplexer, miteinander verbundener Sicherheitsherausforderungen konfrontiert ist.

Session 2 - Addressing the climate crisis: the role of MPs in fulfilling global commitments ahead of COP29

In der zweiten Sitzung wurde die Rolle der Parlamentarierinnen und Parlamentarier bei der Bewältigung der Klimakrise, einschliesslich der Erfüllung der weltweiten Verpflichtungen im Vorfeld der COP29, sowie den Auswirkungen von Kriegen auf die Klimakrise untersucht.

Zu den Keynote Redner gehörten Eamon Ryan, irischer Minister für Umwelt, Kommunikation und Klima und Verkehr, Sinead Walsh, Klimadirektorin im irischen Aussenministerium, und Jim Skea, Vorsitzender des zwischenstaatlichen Ausschusses für den Klimawandel und Professor für nachhaltige Energie am Imperial College in London. Die Redner unterstrichen die Auswirkungen des Klimawandels auf die globale Sicherheit und sprachen über die Rolle der Abgeordneten bei der Rechenschaftspflicht der Regierungen im Hinblick auf die Umsetzung der internationalen Verpflichtungen zum Klimawandel im Vorfeld der COP29. Sie wiesen insbesondere auf die Notwendigkeit hin, die national festgelegten Beiträge zu stärken, um die Treibhausgasemissionen wirksam zu reduzieren und die globale Erwärmung einzudämmen, sowie die Klimafinanzierung aufzustocken, in neue Technologien zu investieren und eine faire Energiewende umzusetzen.

In der Diskussion betonten die Teilnehmenden die Auswirkungen des Klimawandels auf ihre Länder und die Notwendigkeit, stärkere Massnahmen zur Eindämmung und Anpassung zu ergreifen. Die Verpflichtungen des Pariser Abkommens müssen auf nationaler Ebene umgesetzt werden, und junge Menschen müssen in diesen Prozess einbezogen werden. Die Umsetzung der Ziele der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung wurde ebenfalls als wesentlich hervorgehoben.

Session 3 - Enhancing migration governance in the OSCE region to foster sustainable development

In der dritten Sitzung erörterten die Abgeordneten die Verbesserung der Migrationssteuerung in der OSZE-Region zur Förderung der nachhaltigen Entwicklung.

Zu den Teilnehmenden sprachen Sarah Léonard, Inhaberin des Jean-Monnet-Lehrstuhls für Migration, Sicherheit und Nachrichtendienste in der Europäischen Union und Ko-Direktorin

des DCU Conflict Institute, und Amr Taha, Senior Regional Liaison and Policy Advisor bei der Internationalen Organisation für Migration in Wien. Sie wiesen auf die zahlreichen Ursachen der Migration hin, die den OSZE-Raum weiterhin beeinflussen, darunter Konflikte, wirtschaftliche Faktoren, Klimawandel und Naturkatastrophen. Es wurde betont, dass ungesteuerte und irreguläre Migration die öffentlichen Ressourcen belasten, politische Spannungen hervorrufen und zur Instabilität beitragen können, dass aber eine effektive Steuerung der Migration die wirtschaftliche Entwicklung und Stabilität fördern kann.

In der anschliessenden Diskussion wurde erklärt, dass die Migration sowohl Herausforderungen als auch Chancen mit sich bringe. Eine wirksame Steuerung der Migration sei eine entscheidende Komponente für die Gewährleistung einer nachhaltigen Entwicklung. Die Auswirkungen der Migration auf Sicherheit und Identität wurden ebenfalls als wichtiger Teil eines umfassenden Ansatzes hervorgehoben.

4. Mittelmeerforum

Unter dem Vorsitz des Sonderbeauftragten der Parlamentarischen Versammlung der OSZE für den Mittelmeerraum, Pascal Allizard, befasste sich das Mittelmeerforum am 4. Oktober mit der aktuellen Lage im Nahen Osten. An den über 40 Wortmeldungen der Abgeordneten beteiligten sich auch die Delegationen der OSZE-Kooperationspartner im Mittelmeerraum sowie der Palästinensische Nationalrat. Die israelische Delegation konnte aufgrund eines jüdischen Feiertags nicht teilnehmen.

In der Debatte äusserten die Abgeordneten ihre Besorgnis über die katastrophale humanitäre Lage im Gazastreifen, die vielen zivilen Opfer, den Einfluss des Irans und seiner Stellvertreter sowie die Möglichkeit, dass sich die Militäroperationen - die sich inzwischen auf den Libanon ausgeweitet haben - zu einem grösseren regionalen Krieg ausweiten könnten. Die Abgeordneten verurteilten den Angriff vom 7. Oktober 2023 und betonten das Recht Israels auf Selbstverteidigung, wiesen aber auch darauf hin, dass alle Parteien das Völkerrecht respektieren und sich an den Grundsatz der Verhältnismässigkeit halten müssen, wobei der Schwerpunkt auf der Begrenzung des humanitären Leids liegt.

Die Notlage der Zivilisten, einschliesslich der israelischen Geiseln, die von der Hamas festgehalten werden, gab Anlass zu grosser Sorge. Die Abgeordneten betonten die Notwendigkeit, Zurückhaltung zu üben, einen sofortigen Waffenstillstand anzustreben, der zu einer politischen Lösung führt, und den Opfern Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.

V. Zusammenarbeit

Im Vorfeld jeder Tagung wurde der Delegation ein umfangreiches Informationsdossier durch das Ministerium für Äusseres zur Verfügung gestellt. Es umfasste Liechtenstein-spezifische Hintergrundinformationen, einschliesslich detaillierter Informationen über die Aktivitäten der OSZE. Anlässlich der Wintertagung fand zudem ein Meinungsaustausch mit Botschafterin Maria-Pia Kotbauer und dem stellvertretenden Missionsleiter Dominik Marxer in der Ständigen Vertretung Liechtensteins bei der OSZE in Wien statt. Dies gewährleistete einen koordinierten Informationsaustausch und die Abstimmung der Delegationstätigkeiten.

VI. Kostenaufwand der Delegation

Im Berichtsjahr 2024 beliefen sich die Reisekosten/Spesen der Delegation auf CHF 14'982 (Vorjahr CHF 32'184). Die Taggelder machten im Jahr 2024 CHF 15'000 (Vorjahr CHF 17'400) aus. Die Kosten für den Jahresbeitrag an die Parlamentarische Versammlung der OSZE betrugen EUR 10'000 bzw. CHF 9'581.

VII. Weitere Informationsquellen

Ausführliche Informationen, wie detaillierte Berichte zu den Tagungen sowie Videoaufzeichnungen können auf der Homepage der Parlamentarischen Versammlung der OSZE (<http://www.oscepa.org/>) heruntergeladen werden.

VIII. Schlusswort und Antrag

Für Liechtenstein ist die OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) eine wichtige Plattform, um sich gemäss den aussenpolitischen Prioritäten für Frieden und Sicherheit in Europa, in seinen Nachbarregionen und in der Welt insgesamt einzusetzen und um auf die eigene Souveränität aufmerksam zu machen.

Die erste OSZE-Tagung war die Wintertagung im Februar 2024. Sie begann mit Schweigeminuten für die Opfer des bereits zwei Jahre andauernden Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine und zum Gedenken an den russischen Oppositionsführer Alexej Nawalny. Im Gegensatz zur Wintertagung vor einem Jahr, war dieses Jahr keine russische Parlamentarierdelegation an den Sitzungen in Wien vertreten. Russland hatte sich entschieden, ihre Teilnahme an der Parlamentarischen Versammlung vorerst auszusetzen und nicht an der Wintertagung teilzunehmen. Die Wintertagung war auch in diesem Jahr geprägt von Solidaritätsbekundungen an die Ukraine und Aufrufen an Russland, sich endlich aus der Ukraine zurückzuziehen und den Krieg zu beenden.

Da Russland ihre Teilnahme an den Tagungen ausgesetzt hat, wurden gleichzeitig auch die Beitragszahlungen eingestellt. Der Schatzmeister Johan Büser informierte bereits im vergangenen Jahr mehrfach, dass die fehlende Beitragszahlung ein Defizit von 6 Prozent ausmacht und dass dieser Fehlbetrag die Versammlung in eine schwierige finanzielle Lage bringt. Um diese Lücke zu schliessen, wurden einerseits Massnahmen zur Effizienzsteigerung umgesetzt und das Gesamtbudget musste um 3,7 Prozent erhöht werden. Für das Haushaltsjahr 2024/2025 wurde ein Gesamtbudget von EUR 4'373 Mio. vorgeschlagen und verabschiedet.

An der Herbsttagung in Dublin wurde dann informiert, dass mehrere Länder ihren Mitgliedsbeitrag auf EUR 10'000 erhöht haben und auch einige Sonderzahlungen eingegangen sind. Der Schatzmeister sprach den betreffenden Delegationen seinen Dank aus und erwähnte diese Länder namentlich. Auch Liechtenstein erhöhte seinen Mitgliedsbeitrag für das Jahr 2024/2025 auf EUR 10'000 und wurde namentlich erwähnt und verdankt.

Eines der wichtigsten Dokumente der OSZE ist jeweils die Erklärung der Hauptversammlung. Dieses Jahr wurde die «Erklärung von Bukarest» erarbeitet und verabschiedet. Sie enthält Empfehlungen an die nationalen Regierungen und Parlamente sowie an die internationale Gemeinschaft in den Bereichen politische Angelegenheiten, Sicherheit, Wirtschaft, Umwelt, Menschenrechte und humanitäre Fragen.

Erwähnenswert ist vor allem der Entschliessungsentwurf, der vom ukrainischen Delegationsleiter mit dem Titel «Sicherheits- und geopolitische Herausforderungen in der OSZE-Region: Zehn Jahre bewaffnete Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine» eingebracht wurde. Ein zentraler Artikel des Entwurfs fordert sowohl die OSZE-Versammlung als auch den Vorsitz der Organisation auf, Schritte zum Ausschluss der Russischen Föderation aus der OSZE einzuleiten. Die Versammlung stimmte dem Entwurf mit deutlicher Mehrheit zu.

Obwohl in der Vergangenheit einige Mitgliedstaaten, insbesondere die Ukraine, wiederholt den Ausschluss Russlands gefordert haben, wurde dies bisher immer abgelehnt. Die OSZE ist eine inklusive Organisation die stark auf Dialog und Kompromisse setzt – gerade in sehr angespannten geopolitischen Zeiten. Auch wurde bis anhin ein Ausschluss immer abgelehnt, um eine zentrale Rolle in der Kommunikation einzunehmen und um die diplomatischen Kanäle offen zu halten. Für unsere Delegation war deshalb dieser Entschluss unverständlich.

In den Ausschüssen wurden Themen wie die Regulierung von KI, verstärkte Zusammenarbeit im Bereich der erneuerbaren Energien, Datensicherheit und die Anpassung der Gesetzgebung an die sich rasch entwickelnden technologischen Fortschritte diskutiert. Zudem wurden die aus den Konflikten resultierenden Missstände, die Medienfreiheit und die Menschenrechtsslage im gesamten OSZE-Raum besprochen.

Abschliessend möchte ich noch eine persönliche Anmerkung machen. Die Teilnahme der liechtensteinischen Delegation an den Tagungen ist meiner Meinung nach von grosser Bedeutung. Diese bieten eine ideale Gelegenheit, unsere Souveränität als Kleinstaat sichtbar zu machen, Aufmerksamkeit zu gewinnen, unsere Stimme einzubringen und die Zusammenarbeit innerhalb der OSZE zu stärken und weiter auszubauen.

Ich bedanke mich bei meinen Delegationskolleginnen und Kollegen, bei Martin Frick vom Amt für Auswärtige Angelegenheiten, der Botschaft in Wien und der Regierung für die Unterstützung. Ein besonderer Dank gilt unserer Delegationssekretärin Sandra Gerber-Leuenberger für ihre allzeit professionelle und wertvolle Unterstützung.

Ich bitte den Hohen Landtag den Jahresbericht 2024 der Delegation bei der Parlamentarischen Versammlung der OSZE zur Kenntnis zu nehmen.

Die Delegationsleiterin

Norma Heidegger

Triesen, im Februar 2025